

Stallbaugenehmigungsrecht und wirtschaftliche Entwicklung der Tierhaltung: Eine Untersuchung am Beispiel Niedersachsen

Nina Friedrich, Carsten Emmann und Ludwig Theuvsen

Department für Agrarökonomie und Rurale Entwicklung
Georg-August-Universität Göttingen

Gliederung

1. Einleitung
2. Die Tierhaltung in Niedersachsen
3. Konsequenzen einer möglichen Verschärfung des Immissionsschutzrechts
4. Entwicklungsprognosen intensiver Veredlungsregionen Niedersachsens
5. Fazit

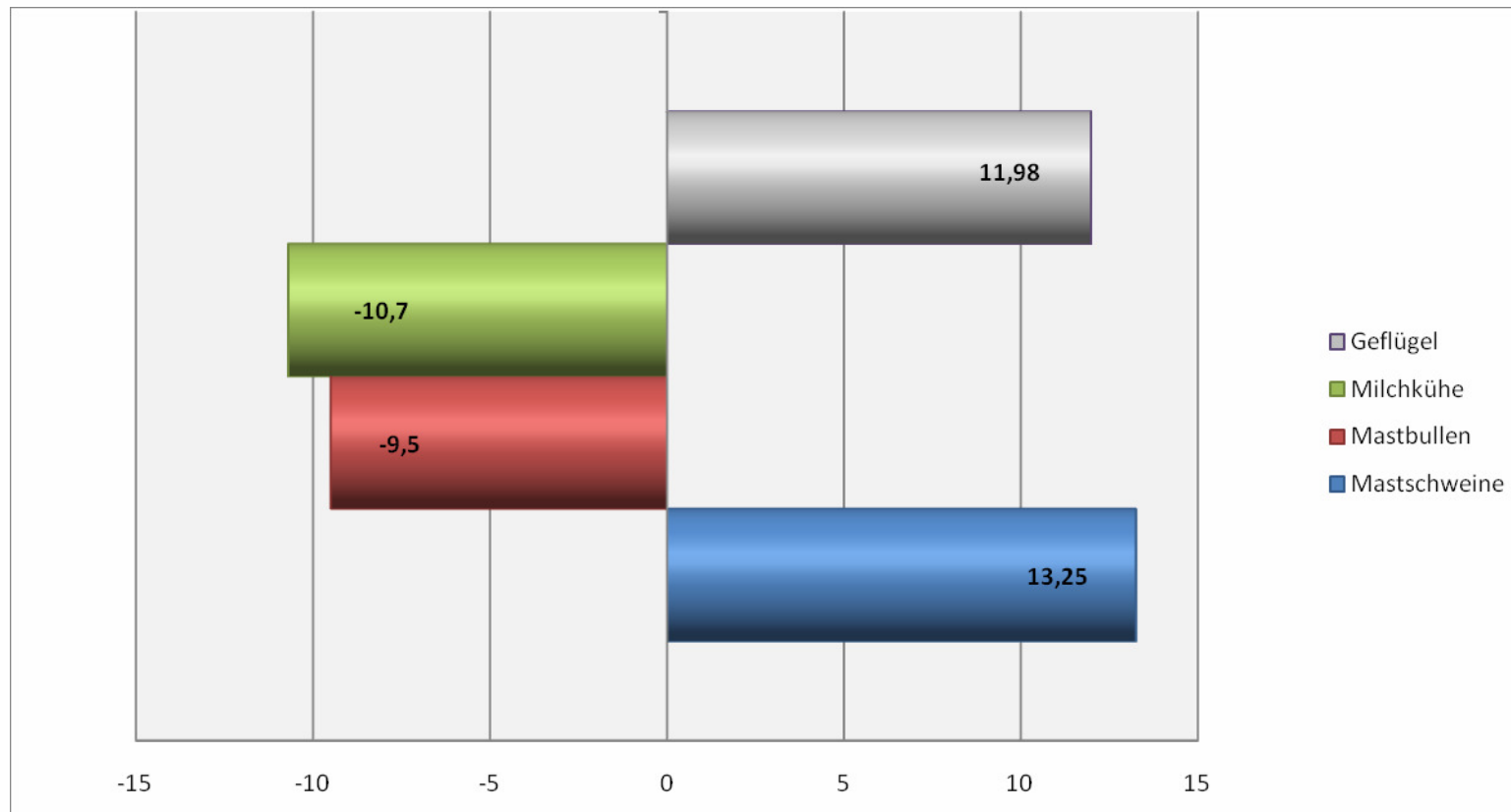
Einleitung

- Starker Strukturwandel im Bereich der niedersächsischen Tierhaltung begleitet von zahlreichen Stallbauvorhaben
- Bauvorhaben sind insbesondere in veredlungsstarken Regionen zu beobachten -> Flächenknappheit
- Belange des Immissionsschutzrechts nehmen zu und müssen von investitionswilligen Betriebsleitern verstärkt berücksichtigt werden
- Darstellung der Entwicklung der Tierhaltung in Niedersachsen unter den Aspekten veränderter rechtlicher Rahmenbedingungen

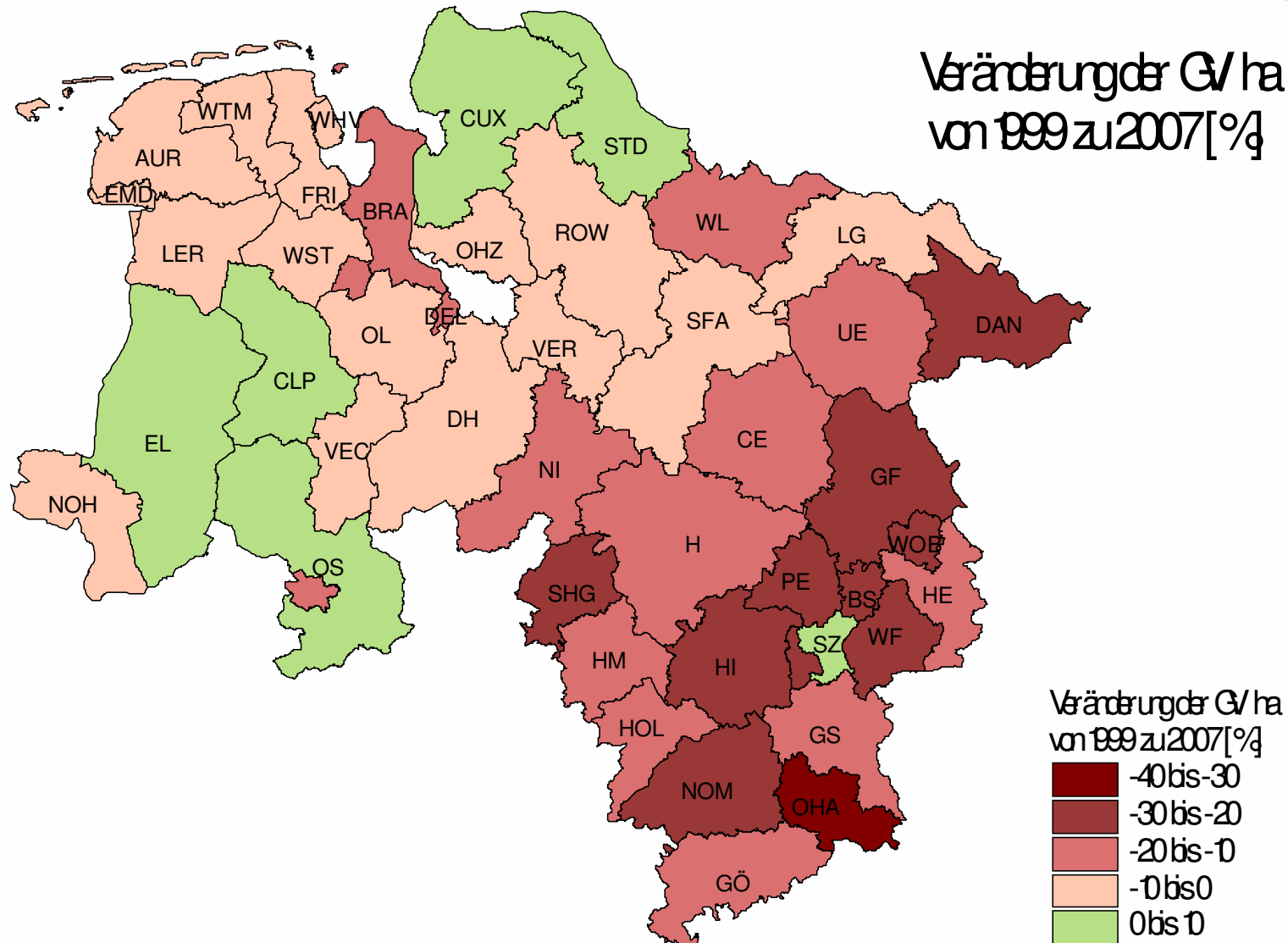
Gliederung

1. Einleitung
- 2. Die Tierhaltung in Niedersachsen**
3. Konsequenzen einer möglichen Verschärfung des Immissionsschutzrechts
4. Entwicklungsprognosen intensiver Veredlungsregionen Niedersachsens
5. Fazit

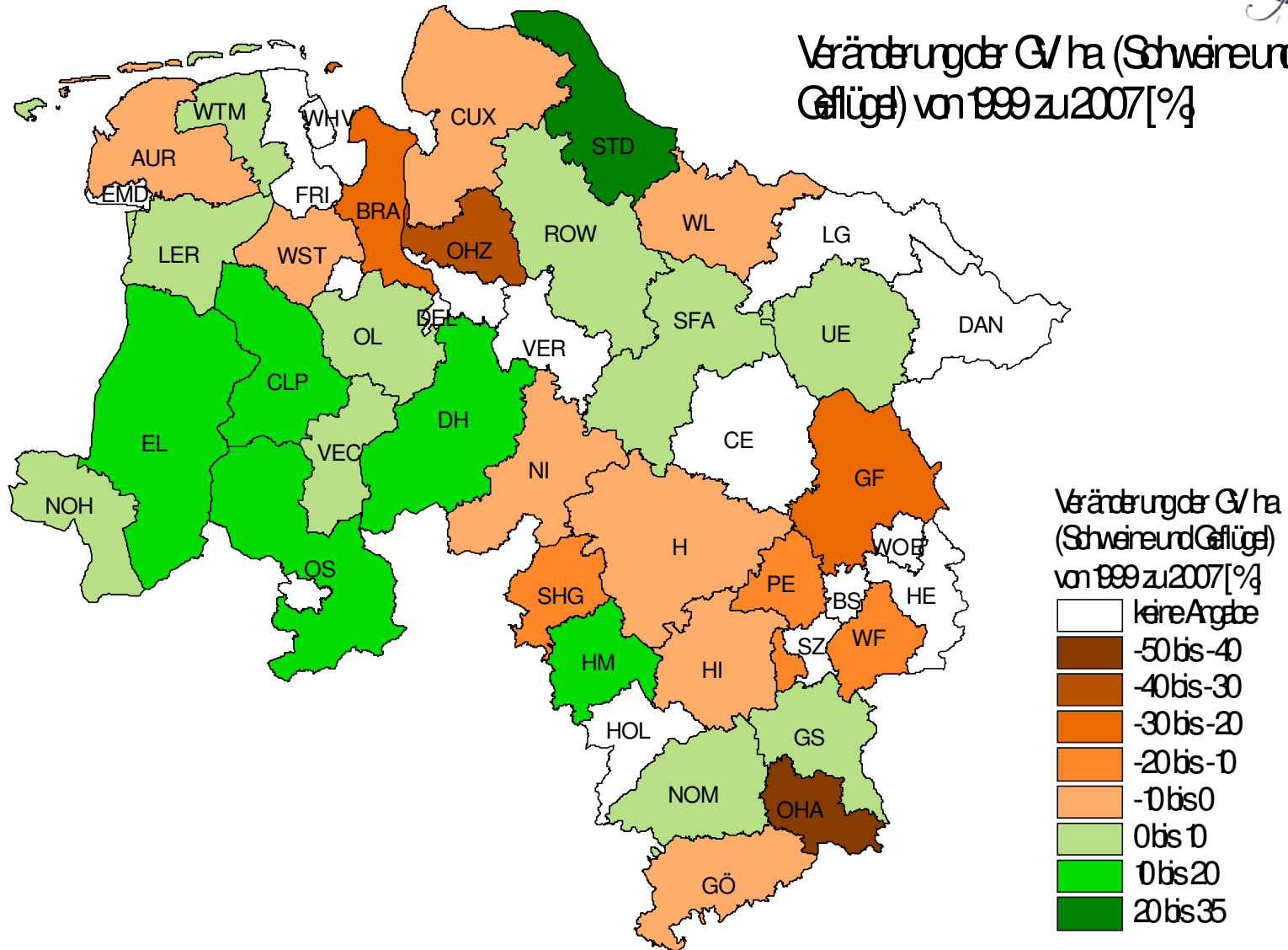
Veränderung der Tierzahlen 1999 - 2007 (%)



Veränderung der G/ha von 1999 zu 2007 [%]



Veränderung der G/ha (Schweine und Geflügel) von 1999 zu 2007 [%]



Genehmigte Stallplätze in der Schweine- und Geflügelhaltung (2003-2008)

Landkreise	Schweinehaltung			Geflügelhaltung		
	2003	2008	Veränderung 03-08 (%)	2003	2008	Veränderung 03-08 (%)
Vechta	23.728	76.467	222,3	21.100	2.175.433	10.210,0
Cloppenburg	47.421	65.484	38,0	144.460	803.075	456,0
Osnabrück	14.193	30.451	114,5	87.858	327.085	272,3
Oldenburg	23.885	11.720	-51,0	457.720	627.721	37,0
Emsland	82.297	50.031	-39,0	1.245.597	3.543.896	185,5
Grafschaft Bentheim	20.214	7.016	-65,6	106.048	276.636	160,9

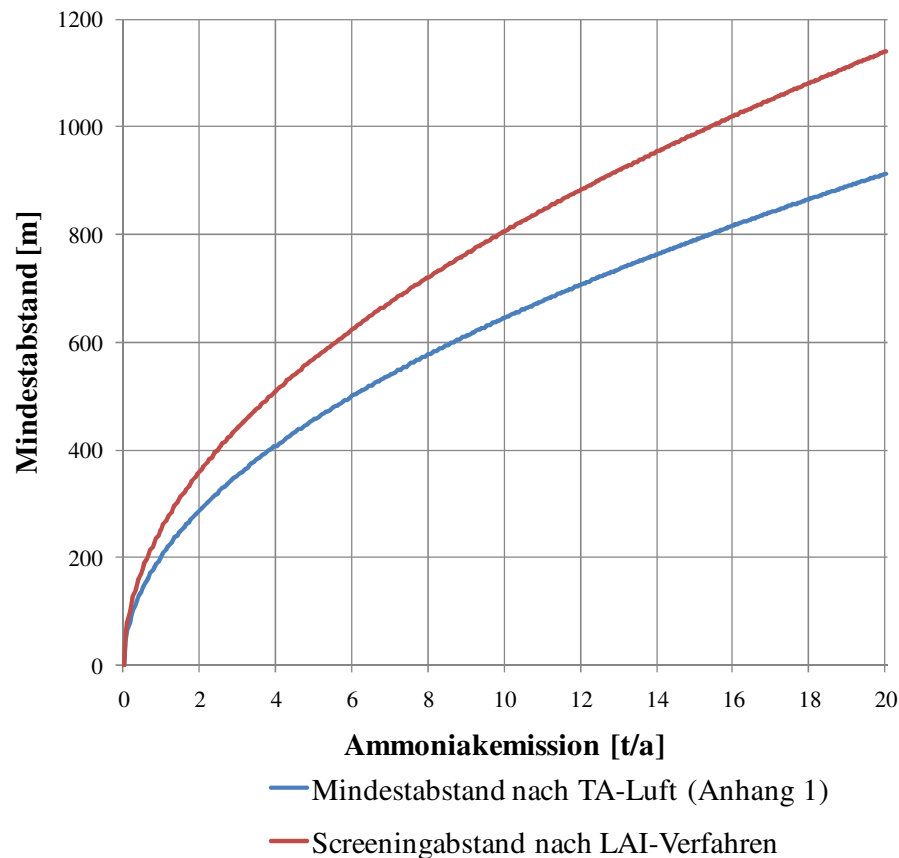
Gliederung

1. Einleitung
2. Die Tierhaltung in Niedersachsen
- 3. Konsequenzen einer möglichen Verschärfung des Immissionsschutzrechts**
4. Entwicklungsprognosen intensiver Veredlungsregionen Niedersachsens
5. Fazit

Mögliche Verschärfung des Immissionsschutzrechts

- PolitikszENARIO I – Status Quo bleibt in Niedersachsen erhalten
- PolitikszENARIO II – Einführung des N-Depositions-Leitfadens
Anzuwenden für **immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftige Anlagen**, für die hinreichende Anhaltspunkte vorliegen, dass der Schutz vor erheblichen Nachteilen durch Schädigung empfindlicher Pflanzen und Ökosysteme aufgrund von Stickstoffeinträgen nicht gewährleistet ist und für die folglich eine Sonderfallprüfung gemäß Nr. 4.8 TA-Luft verbindlich ist.

PolitikszENARIO I vs. PolitikszENARIO II



- PolitikszENARIO I:

- Mindestabstand nach TA-Luft ausschlaggebend, da „schärferes Kriterium“

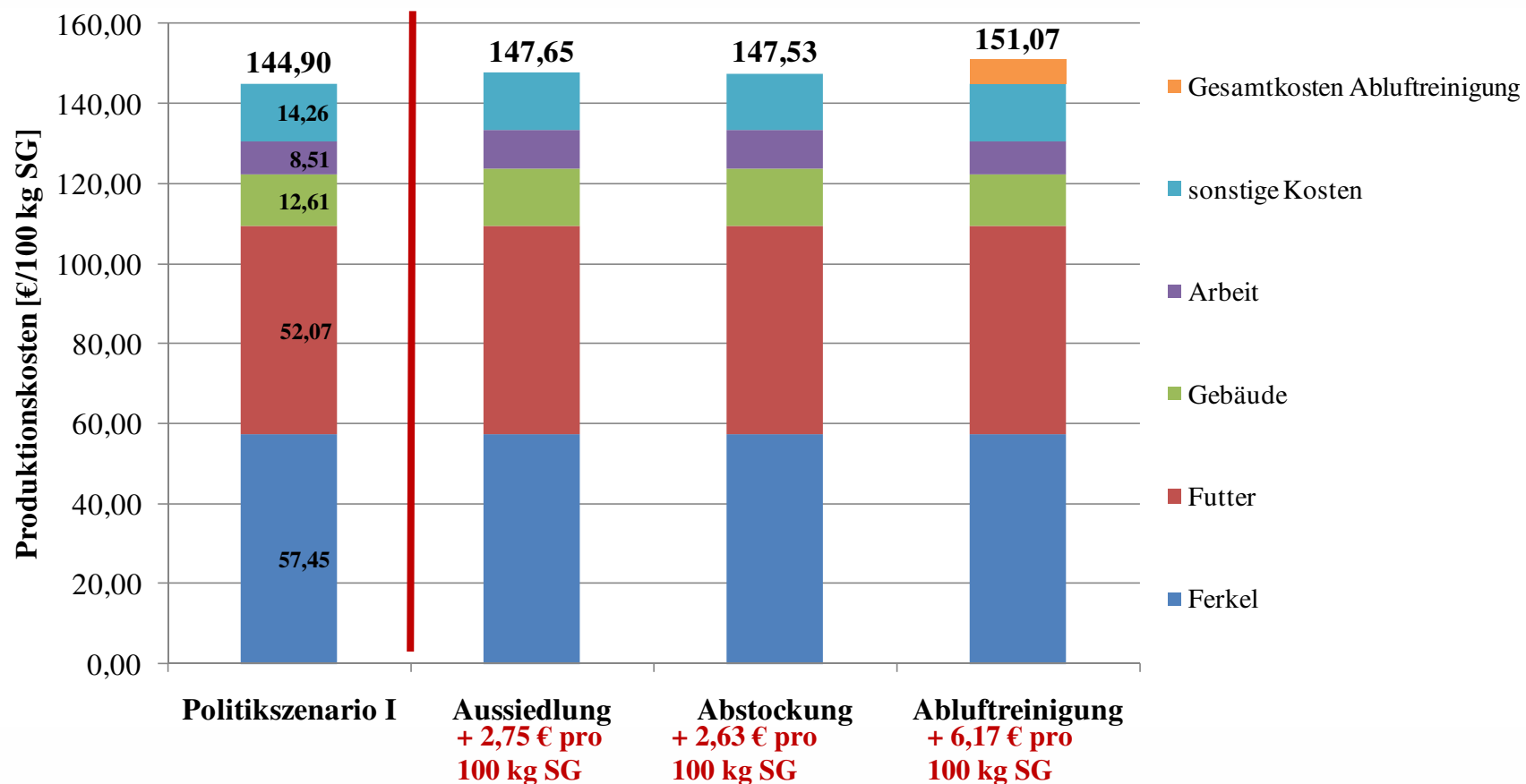
- PolitikszENARIO II:

- Bei Zugrundelegung des LAI-Verfahrens ist die Stickstoffdeposition im Vergleich zur Ammoniakemission das deutlich „schärfere Kriterium“
- Einzuhaltender Abstand erhöht sich um ca. 25%
- Untersuchung der Stickstoffdeposition nicht erforderlich, wenn die Zusatzbelastung der gesamten Anlage am Aufpunkt höchster Belastung eines stickstoffempfindlichen Ökosystems 5 kg N pro ha und Jahr nicht übersteigt

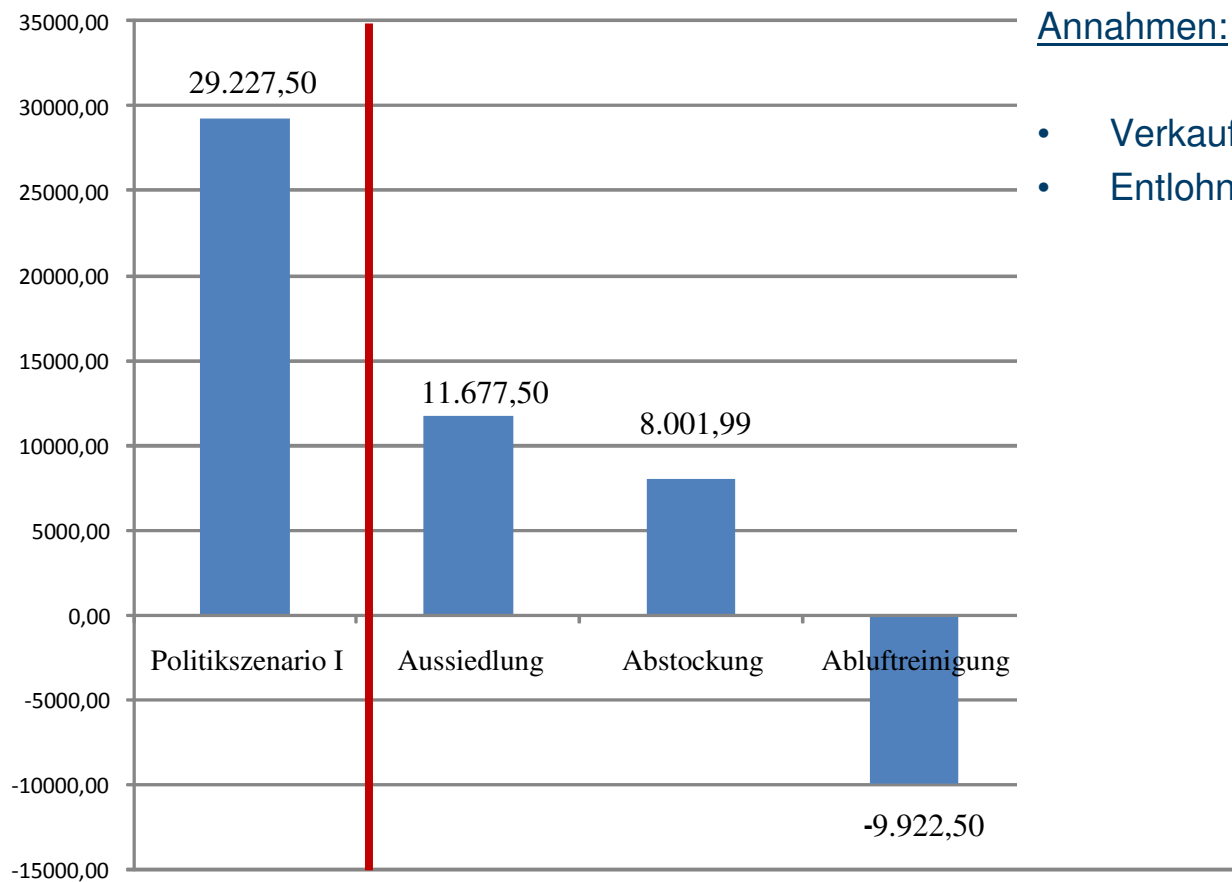
Strategische Anpassungsmaßnahmen

- Aussiedlung
 - Keine „echte“ Minderungsmaßnahme, da Emissionen nur verlagert werden
 - Höherer Arbeitszeitbedarf sowie Erschließungskosten
 - Evtl. Flächenkauf nötig
- Reduzierung des Bestandes (Abstockung)
 - Anstieg spezifischer Investitionskosten
 - Höherer Arbeitszeitbedarf
- Installation einer Abluftreinigungsanlage
 - Nur für Zwangslüftung möglich (Schweine- & Geflügelhaltung)
 - Relativ hohe Gesamtkosten (5,10 – 6,10 €/Mastschwein)

Einzelbetriebliche Auswirkungen für einen Beispielbetrieb (Mastschweine, 2500 Tierplätze, Einstallmonat: August 2009)



Gewinnbeitrag aus dem Betriebszweig Schweinemast (€/a)



Annahmen:

- Verkaufspreis 1,58 €/kg SG
- Entlohnung der Arbeit mit 20 €/Akh

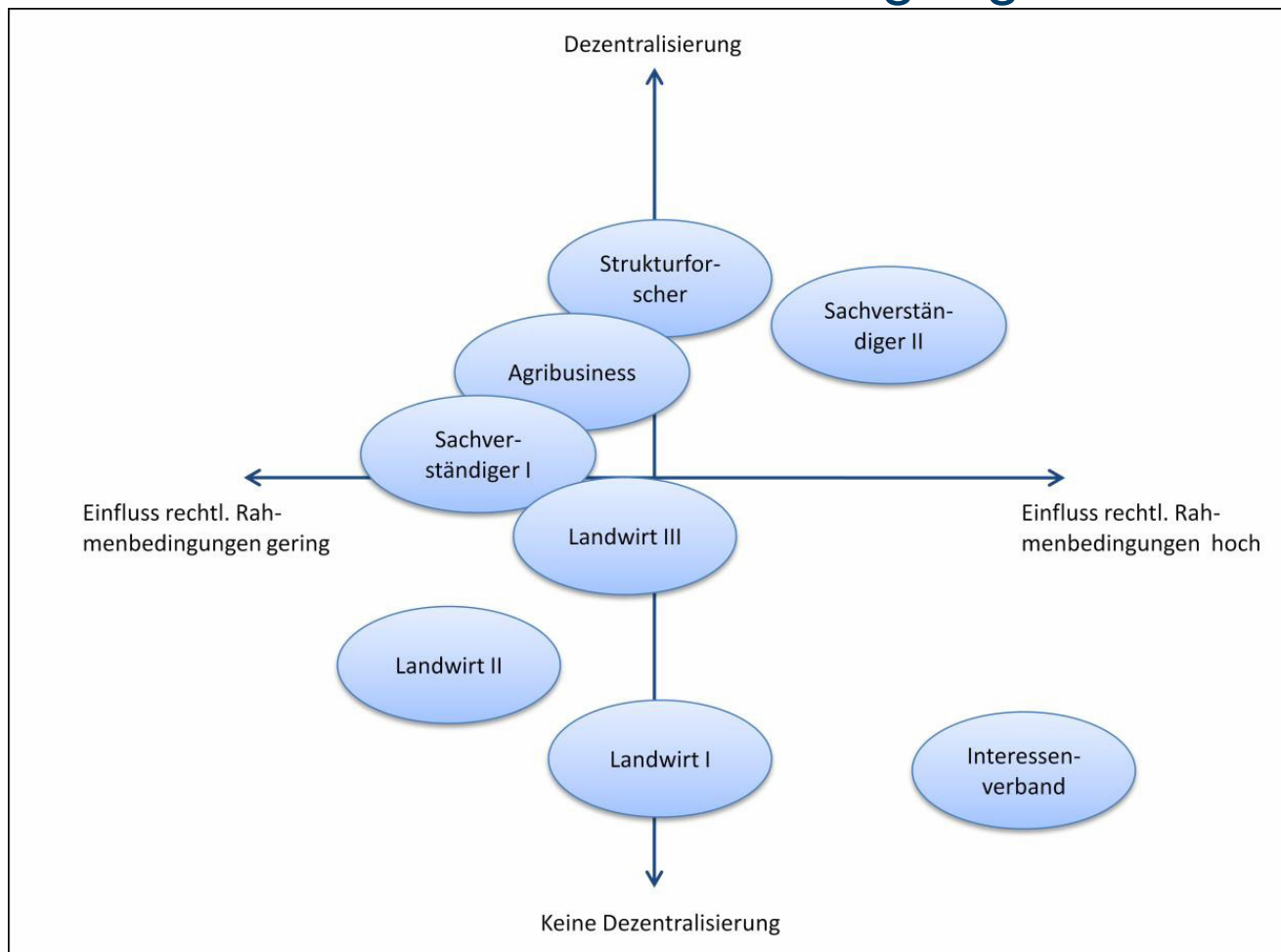
Gliederung

1. Einleitung
2. Die Tierhaltung in Niedersachsen
3. Konsequenzen einer möglichen Verschärfung des Immissionsschutzrechts
- 4. Entwicklungsprognosen intensiver Veredlungsregionen Niedersachsens**
5. Fazit

Allgemeine Aussagen

- Die Veredlungsbranche steht vor ungewissen zukünftigen Entwicklungen
- Große Unsicherheit herrscht außerdem über die weitere Entwicklung der rechtlichen Rahmenbedingungen und die Kostenwirkungen der ggf. nötigen Anpassungsmaßnahmen
- Thema Dezentralisierung bislang nicht wissenschaftlich behandelt
- Befragung von 8 Branchenexperten zur Informationsbeschaffung
- Generelle Einigkeit herrscht darüber, dass Regionen an Wachstumskapazitäten gelangen können
- Differenzierte Meinung zum Thema Dezentralisierung und dem Einfluss rechtlicher Rahmenbedingungen auf die räumliche Verteilung der Tierhaltung

Expertenmeinungen zur Dezentralisierung und Einfluss rechtlicher Rahmenbedingungen



Der Einfluss rechtlicher Rahmenbedingungen

- Kein großer Einfluss auf zukünftige Dezentralisierung
 - Bedeutung der Branche in Niedersachsen zu groß
- Begrenzter Einfluss auf zukünftige Dezentralisierung
 - Mangel an eindeutigen Regelungen, Handlungsspielräume sind groß
 - Abluftreinigungen gehören in Intensivregionen bereits zum Standard
 - 95% der Anträge werden nach Anpassungsmaßnahmen bewilligt
 - Kritik an unbeständigen Vorgehensweisen in den unterschiedlichen Landkreisen
- Hoher Einfluss auf zukünftige Dezentralisierung
 - Wachstumshemmende Wirkung durch Einführung des Leitfadens
 - Gewinnerwirtschaftung würde begrenzt
 - Aufgeforstete Ausgleichsflächen behindern nun den Stallbau
 - Unterschiedliche Auslegung des Leitfadens je nach Bundesland

Gliederung

1. Einleitung
2. Die Tierhaltung in Niedersachsen
3. Konsequenzen einer möglichen Verschärfung des Immissionsschutzrechts
4. Entwicklungsprognosen intensiver Veredlungsregionen Niedersachsens
- 5. Fazit**

Fazit

- Betroffenheit landwirtschaftlicher Tierhaltungsanlagen nimmt durch weitere Verschärfung des Immissionsschutzes grundsätzlich zu
- Anpassungsmaßnahmen sind mit unterschiedlich starken Kostensteigerungen und Gewinneinbußen verbunden
- Betriebsindividuelle Aspekte von erheblicher Bedeutung
- Neubau bzw. Erweiterung muss stets standort- und fallspezifisch kalkuliert werden
- Erhebliches Konfliktpotential zwischen Umweltzielen und ökonomischen Zielen der Landwirte
- Politische Instrumente sind generell dazu geeignet das Wachstum der Tierproduktion zu begrenzen und ggf. Dezentralisierungsentscheidungen auszulösen
- Abwanderungen in bestimmte Regionen (z.B. Südniedersachsen) jedoch nicht durch Einfluss der Politik steuerbar



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!